Antrag

des Abg. Dennis Birnstock u. a. FDP/DVP

und

Stellungnahme

des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Potenziale der Verteidigungsforschung in Baden-Württemberg II

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. welche politischen Schlussfolgerungen sie daraus zieht, dass die Zeitenwende infolge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine auch vor der Wissenschafts- und Forschungspolitik nicht Halt macht und die veränderte geopolitische Lage die Notwendigkeit einer Stärkung der europäischen Unabhängigkeit auch in den Bereichen Sicherheit und Verteidigung deutlich macht;
2. welche förderlichen Standortfaktoren sie dem Land in der Verteidigungsforschung (einschließlich Dual-Use-Produkten, ggf. mit Abgrenzungen in der Darstellung) beimisst, um der notwendigen strategischen Autonomie in zentralen Schlüsseltechnologien beizutragen;
3. welche Maßnahmen sie ergreifen will, damit Baden-Württemberg ein Zentrum der Verteidigungsforschung wird;
4. wie die Aussage des Ministerpräsidenten eingeordnet wird, dass Verteidigungsforschung bislang „schwerpunktmäßig an Bundeswehrhochschulen gemacht“ wurde, also in Hamburg und München;
5. wie sie Art und Umfang der hiesigen Verteidigungsforschung an den Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen im Vergleich der Bundesländer einordnet;
6. inwiefern sie im Zuge der Zeitenwende Veränderungen erwartet oder anstrebt hinsichtlich der Mittelgeber der Verteidigungsforschung an den Hochschulen im Land, die zu 82 Prozent von Rüstungsunternehmen, zu ca. 5 Prozent von den USA, zu ca. drei Prozent vom Bundesministerium für Verteidigung (BMVg) oder aus dem Europäischen Verteidigungsfond (EDF) und zu zehn Prozent von BMWK, BMBF oder anderen nationalen Fördermittelgebern finanziert wird;

7. auf welche Weise sie positiv auf die Stärkung der Verteidigungsforschung im Auftrag der Industrie einwirken will, auch vor dem Hintergrund der Entscheidungshoheit der Forschungsinstitutionen und Hochschulen, sich für Sicherheits- und Verteidigungsforschung zu öffnen;
8. welche Argumente und Gesprächsinhalte aus dem jüngsten Austausch mit Vertretern aus Wirtschaft, Forschung, Verbänden und der Bundeswehr in Stuttgart den Ministerpräsidenten dazu bewegen haben, nun offensiv für eine Stärkung der Verteidigungsforschung im Land einzutreten;
9. welche konkreten Maßnahmen sie zu welchem Zeitpunkt plant, um eine Stärkung der Verteidigungsforschung an den Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen im Land zu erreichen;
10. auf welche Weise konkret eine bessere Vernetzung, schnellere Genehmigungen und Bürokratieabbau für die Verteidigungsindustrie erreicht werden sollen;
11. inwiefern das nun klare Bekenntnis der Landesregierung zur Rüstungsforschung an den Hochschulen in Baden-Württemberg Auswirkungen auf den Bestand der landesrechtlich verankerten Transparenzklausele und der hochschulindividuellen Zivilklauseln haben kann oder soll;
12. ob sie aufgrund der Zeitenwende eine Anpassung des Landeshochschulgesetzes (LHG) angezeigt sieht, etwa durch Ergänzung eines Passus zur Verteidigungsforschung in § 2 Absatz 5 Satz 2 LHG, der bisher vorsieht, dass die Hochschulen „im Rahmen ihrer Aufgaben unter anderem Innovation, Nachhaltigkeit einschließlich Schutz des Klimas und Anpassung an die unvermeidbaren Folgen des Klimawandels sowie Tierschutz“ fördern;
13. wie sie an den Hochschulen im Land einen konstruktiven Dialog stimulieren will, um die Bereitschaft zur Verteidigungsforschung an den Einrichtungen zu stärken;
14. wie sie die notwendige Planungssicherheit, mithin verlässliche Rahmenbedingungen, Rechtssicherheit und ein politisch gewogenes Klima für eine starke Rüstungswirtschaft schaffen will, damit diese Kapazitäten und Personal aufbaut;
15. inwieweit sie die Schaffung einer landesseitigen oder nationalen Behörde zur Bündelung von Projekten der Verteidigungsforschung als sinnvoll erachtet, analog zur Ausgestaltung der Defense Advanced Research Projects Agency (Darpa) der Vereinigten Staaten.

2.6.2025

Birstock, Dr. Timm Kern, Brauer, Dr. Rülke, Haußmann, Weinmann, Bonath, Fischer, Haag, Heitlinger, Dr. Jung, Reith, Scheerer, Dr. Schweickert FDP/DVP

Begründung

Die angespannte geopolitische Lage gebietet einen gezielten Blick auf die Potenziale der Verteidigungsforschung in Baden-Württemberg. Dies wurde auch auf dem Rüstungsgipfel der Landesregierung am 28. Mai 2025 deutlich, an dem Vertreter der Verteidigungsindustrie, von Verbänden, aus den Hochschulen, der Bundeswehr sowie Amtschefs aus mehreren Ministerien teilnahmen. Ein klares Bekenntnis zur Rüstungsforschung an den Hochschulen in Baden-Württemberg war ein konkretes Ergebnis der Zusammenkunft. Vor diesem Hintergrund bitten die Antragsteller um Darstellung der geplanten Maßnahmen zur Stärkung der hiesigen Verteidigungsforschung und Rüstungsindustrie, zumal in der Beantwortung des Antrags „Potenziale der Verteidigungsforschung in Baden-Württemberg“, Drucksache 17/8368, Ende März 2024 keinerlei landesspezifische Maßnahmen dargestellt bzw. offensichtlich als erforderlich angesehen wurden.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 25. Juni 2025 Nr. MWK32-0141.5-25/36/3 nimmt das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst im Einvernehmen mit dem Staatsministerium, dem Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen, dem Ministerium für Finanzen und dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,*

1. welche politischen Schlussfolgerungen sie daraus zieht, dass die Zeitenwende infolge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine auch vor der Wissenschafts- und Forschungspolitik nicht Halt macht und die veränderte geopolitische Lage die Notwendigkeit einer Stärkung der europäischen Unabhängigkeit auch in den Bereichen Sicherheit und Verteidigung deutlich macht;

Zu 1.:

Wissenschaft und Forschung sichern technologische Souveränität und stärken die Resilienz unserer Demokratie, was im Hinblick auf aktuelle geopolitische Realitäten und damit einhergehender Herausforderungen von hoher Bedeutung ist. Der Beitrag der Hochschulen und Forschungseinrichtungen des Landes zur äußeren und inneren Sicherheit wird anerkannt und betont. Die Herausforderungen der Gewährleistung gesellschaftlicher Stabilität und Sicherheit betreffen ganz Deutschland und seine europäischen Partner. Insofern ist eine entsprechende Forschungsförderung des Bundes und der Europäischen Union vonnöten, damit das Wissenschaftssystem zu dieser Zeitenwende über die derzeitigen Programme und Projekte hinaus einen aktiven Beitrag leisten kann.

2. welche förderlichen Standortfaktoren sie dem Land in der Verteidigungsforschung (einschließlich Dual-Use-Produkten, ggf. mit Abgrenzungen in der Darstellung) beimisst, um der notwendigen strategischen Autonomie in zentralen Schlüsseltechnologien beizutragen;

Zu 2.:

Die thematischen Kernpunkte und identifizierten Fähigkeitslücken etwa im „European Defence Readiness 2030“-Plan der Europäischen Kommission (JOIN[2025] 120 final) zeigen auf, dass in Baden-Württemberg besonders nützliche Forschungsschwerpunkte aufgebaut wurden. Zentrale Schlüsseltechnologien werden u. a. im Bereich der Luft- und Raumfahrt, KI, Robotik, Cybersicherheit und Quantentechnologien verortet. Diese korrespondieren mit den erfolgreichen Förderschwerpunkten des Landes (so etwa bei QuantumBW, CyberValley, der Luft- und Raumfahrt Strategie „THE aerospace LÄND“). Das kürzlich vorgestellte Landesgraduiertenzentrum für angewandte KI in Heilbronn ist das jüngste Beispiel der Schwerpunktsetzung in Lehre und Forschung zugunsten von sicherheitsrelevanten Schlüsseltechnologien und dabei konkret relevant für die Ausbildung von gesuchten Fachkräften bspw. im Bereich Cybersicherheit.

Neben den baden-württembergischen Hochschulen, die bereits im Bereich sicherheitsrelevanter Forschung aktiv sind, und solchen, die hier weitere Potenziale aufweisen, sind im Land zwei DLR-Institute und vier Institute der Fraunhofer-Gesellschaft (FhG), die Teil des Fraunhofer-Leistungsbereichs „Verteidigung, Vorbeugung und Sicherheit“ sind, als wichtige Akteure sicherheitsrelevanter Forschung aktiv: DLR-Institut für technische Physik, DLR-Institut für Bauweisen und Strukturtechnologie (beide in Stuttgart), FhG-Institut für Optronik, Systemtechnik und Bildauswertung (Karlsruhe), FhG Ernst-Mach-Institut für Kurzzeitdynamik (Freiburg), FhG-Institut für Angewandte Festkörperphysik (Freiburg) sowie FhG-Institut für Chemische Technologien (Pfinztal).

Zu den förderlichen Standortfaktoren zählt überdies auch die Cybersicherheit und das Ziel, dass die IT-Architekturen des Landes und die Unternehmen im Land auf potenzielle Cyberangriffe besser vorbereitet sind. Über die Aspekte der Verteidigungsforschung hinaus wird daher die digitale Souveränität in Baden-Württemberg durch eine Kombination verschiedener Maßnahmen gefördert, darunter die Stärkung technologischer Kernkompetenzen und der Cybersicherheit. Grundsätzlich setzt die Landesverwaltung bei ihren zentralen IT-Architekturen vorrangig auf offene Kommunikationsprotokolle und Komponenten. Die Nutzung proprietärer Lösungen und Funktionen, die letztendlich zu einer Abhängigkeit zu spezifischen Herstellern führen, soll weitestgehend vermieden werden (vgl. Drucksachen 17/7743 und 17/8268). Insbesondere beim Aufbau der zentralen Cloud-Infrastruktur der Landesverwaltung wurde daher auf die Verwendung von Open Source-Software geachtet. Durch die Einführung einer Hybrid-Cloud-Strategie, die einerseits die sichere Verarbeitung sensibler Daten im Rechenzentrum der BITBW gewährleistet, und andererseits eine flexible Verlagerung von Workloads zwischen der On-Premises-Infrastruktur und Cloud-Diensten ermöglicht, wird die digitale Souveränität gestärkt.

Der CyberSicherheitsCheck für KMU ist ein Beratungsangebot, das kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) hilft, die Cybersicherheit des Unternehmens zu verbessern. Er wurde vom Innenministerium, Landeskriminalamt und der Cybersicherheitsagentur Baden-Württemberg (CSBW) in Zusammenarbeit mit Partnern aus Forschung und Wirtschaft entwickelt. Der Check analysiert die täglichen Arbeitsabläufe und IT-Strukturen eines Unternehmens, identifiziert Risiken und zeigt erste Maßnahmen zur Verbesserung der Cybersicherheit auf. Der CyberSicherheits-Check wird von geschulten Beratern der Industrie- und Handelskammern und der Handwerkskammern durchgeführt.

Ergänzend fördert auch das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus diverse Maßnahmen wie beispielsweise ein von einer Projektgruppe im Rahmen der Allianz Industrie 4.0 Baden-Württemberg entwickelter „Leitfaden zur Etablierung eines Cyber-Bündnisses“, um Unternehmen beim Thema Cybersicherheit zu unterstützen. Zudem wurden im Rahmen verschiedener Projekte der Transfer von Cybersicherheitsinnovationen aus der Wissenschaft in die Wirtschaft sowie die Entwicklung innovativer Cybersicherheitslösungen gefördert. Das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus stärkt die wirtschaftsnahe Cybersicherheitsforschung außerdem im Wege der institutionellen Förderung.

3. welche Maßnahmen sie ergreifen will, damit Baden-Württemberg ein Zentrum der Verteidigungsforschung wird;

9. welche konkreten Maßnahmen sie zu welchem Zeitpunkt plant, um eine Stärkung der Verteidigungsforschung an den Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen im Land zu erreichen;

13. wie sie an den Hochschulen im Land einen konstruktiven Dialog stimulieren will, um die Bereitschaft zur Verteidigungsforschung an den Einrichtungen zu stärken;

Zu 3., 9. und 13.:

Zu den Ziffern 3, 9 und 13 wird aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam Stellung genommen.

Die hochschulöffentliche Wahrnehmung der sicherheitsrelevanten Forschung entwickelt sich insbesondere seit dem Ausbruch des Ukrainekriegs weiter. Die Forscherinnen und Forscher wissen um ihre wichtigen Beiträge zur Stärkung unserer Sicherheit und Resilienz. Das gilt auch für die organisatorische Einbindung der Sicherheits- und Verteidigungsforschung. So ist etwa an der Universität Stuttgart geplant, einen Leitfaden für sicherheitsrelevante Forschung zu verabschieden.

Bereits heute befassen sich vielfältige Forschungsbereiche mit sicherheitsrelevanten Themen oder solchen, die technologische Souveränität sicherstellen. Diese Potenziale können im Kontext der Sicherheit und Verteidigung sowohl an den Hochschulen als auch den außeruniversitären Forschungseinrichtungen weiter ausgeschöpft werden. Die Landesregierung gewährleistet mit den bisherigen und laufenden Schwerpunktsetzungen (siehe Antwort zu Ziffer 2) die Grundlagen für die Wettbewerbsfähigkeit der baden-württembergischen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen.

Baden-Württemberg als bedeutender und innovationsstarker Standort mit hervorragendem Know-how in den Bereichen Wissenschaft und Forschung steht besonders im Fokus von Spionage durch Nachrichtendienste fremder Staaten. Die Spionageabwehr des Landesamtes für Verfassungsschutz Baden-Württemberg steht den Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen für vertrauliche Gespräche über Gefahren der Wissenschaftsspionage sowie Sabotagehandlungen zur Verfügung und ist Ansprechpartner bei konkreten Verdachtsfällen.

Beim Landeskriminalamt Baden-Württemberg (LKA BW) ist seit Ende 2013 die Zentrale Ansprechstelle Cybercrime (ZAC) eingerichtet. Behörden, Unternehmen und Forschungseinrichtungen steht damit im Kampf gegen Cybercrime ein zentraler Ansprechpartner bei der Polizei zur Verfügung, um IT-Sicherheitsvorfälle entgegenzunehmen und zeitnah polizeiliche Erstmaßnahmen zu veranlassen.

Im Staatsministerium wurde 2024 ein Runder Tisch „Sicherheit und Verteidigung“ unter Beteiligung von Expertinnen und Experten der Wirtschaft, von Sicherheitsorganen und der Forschung initiiert, um die Vernetzung dieser Bereiche weiter zu intensivieren. In der jüngsten Sitzung am 28. Mai 2025 wurden verstärkt Fachleute aus der Wissenschaft dazu eingeladen. Die Runde hat aufgezeigt, wie bewährt die traditionell enge Zusammenarbeit von Unternehmen und Forschung in Baden-Württemberg ist, um sich auch für Forschungsförderung im Bereich Verteidigung erfolversprechend aufzustellen.

4. wie die Aussage des Ministerpräsidenten eingeordnet wird, dass Verteidigungsforschung bislang „schwerpunktmäßig an Bundeswehrhochschulen gemacht“ wurde, also in Hamburg und München;

Zu 4.:

Ausdrückliche Verteidigungsforschung bedarf besonderer Rahmenbedingungen (etwa Sicherheitsbereiche), um den Anforderungen der Bundeswehr, anderer Sicherheitsorgane oder Rüstungsunternehmen zu genügen. Die Bundeswehr lehrt und forscht selbst an zwei Universitäten, nämlich der Helmut-Schmidt-Universität in Hamburg und der Universität der Bundeswehr München. Etablierte Zusammenarbeiten in der Sicherheits- und Verteidigungsforschung existieren jedoch auch mit den baden-württembergischen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Ein Beispiel für eine enge Zusammenarbeit ziviler und militärischer Einrichtungen ist im Bereich der medizinischen Versorgung mit dem Universitätsklinikum Ulm und dem Bundeswehrkrankenhaus Ulm gegeben.

5. wie sie Art und Umfang der hiesigen Verteidigungsforschung an den Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen im Vergleich der Bundesländer einordnet;

Zu 5.:

Aufgrund der regelmäßig unter Geheimhaltungspflicht liegenden Projekte im Bereich Verteidigungsforschung können keine belastbaren Vergleiche mit anderen Bundesländern zu Art und Umfang angestellt werden.

6. inwiefern sie im Zuge der Zeitenwende Veränderungen erwartet oder anstrebt hinsichtlich der Mittelgeber der Verteidigungsforschung an den Hochschulen im Land, die zu 82 Prozent von Rüstungsunternehmen, zu ca. 5 Prozent von den USA, zu ca. drei Prozent vom Bundesministerium für Verteidigung (BMVg) oder aus dem Europäischen Verteidigungsfond (EDF) und zu zehn Prozent von BMWK, BMBF oder anderen nationalen Fördermittelgebern finanziert wird;

Zu 6.:

Eine Zunahme sicherheitsrelevanter Forschungsförderung vonseiten des Bundes sowie der Europäischen Union wird grundsätzlich erwartet, zugleich ist der bisher festgestellte Anteil durch von Sicherheits- und Rüstungsunternehmen geförderten Projekten ein positives Zeichen der vielfältigen Kooperations- und Transfermöglichkeiten. Auch die künftige Projektauswahl bzw. die wettbewerbliche Beteiligung an Ausschreibungen liegen in der Autonomie der Hochschulen und ihrer Forschenden. Die Landesregierung befördert mit dem Runden Tisch „Sicherheit und Verteidigung“ die Netzwerk- und ggf. Konsortienbildung für gemeinsame Projekte. Aufgrund der etablierten Transferinstrumente der Hochschulen besteht eine geübte und gute Basis für die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Wissenschaft.

7. auf welche Weise sie positiv auf die Stärkung der Verteidigungsforschung im Auftrag der Industrie einwirken will, auch vor dem Hintergrund der Entscheidungshoheit der Forschungsinstitutionen und Hochschulen, sich für Sicherheits- und Verteidigungsforschung zu öffnen;

Zu 7.:

Mit dem Runden Tisch „Sicherheit und Verteidigung“ bewirkt die Landesregierung, dass die bestehende Zusammenarbeit von Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen mit der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie weiter intensiviert wird. Die Kooperationen von Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen mit der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie liegen in deren Entscheidungshoheit, feststellbar ist jedoch, dass die Bedarfe in der Verteidigungsforschung erkannt und entsprechende forschersche Beiträge geleistet werden. An den wirtschaftsnahen bzw. außeruniversitären Instituten der Innovationsallianz, den Instituten des DLR und den Fraunhofer-Instituten in Baden-Württemberg als Institute der angewandten Forschung findet traditionell eine enge Zusammenarbeit mit den Unternehmen der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie statt.

8. welche Argumente und Gesprächsinhalte aus dem jüngsten Austausch mit Vertretern aus Wirtschaft, Forschung, Verbänden und der Bundeswehr in Stuttgart den Ministerpräsidenten dazu bewogen haben, nun offensiv für eine Stärkung der Verteidigungsforschung im Land einzutreten;

Zu 8.:

Ministerpräsident Kretschmann betont bereits seit längerem die Notwendigkeit, dass Deutschland und Europa mehr für die eigene Sicherheit tun sollten. Dabei steht im Vordergrund, Frieden, Freiheit und Demokratie in Deutschland und Europa angesichts akuter Bedrohungen zu verteidigen. Zentrale Leitlinie ist in diesem Zusammenhang, sich verteidigen zu können, um sich nicht verteidigen zu müssen. Dazu gehört es, Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung im Bereich Sicherheit und Verteidigung gezielt zu stärken und noch enger zu vernetzen.

Aus diesem Grund hat der Ministerpräsident im Juli 2024 unter Beteiligung des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen und des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus erstmalig zu einem Unternehmensgespräch „Sicherheit und Verteidigung“ eingeladen. Ziel war es, Bedarfe zu identifizieren und die Anliegen der Branche gegenüber der Bundesregierung zu artikulieren, beispielsweise in Bezug auf Genehmigungsverfahren. Das Format wurde nach positiven Rückmeldungen der Akteure weitergeführt und zu einem

Runden Tisch weiterentwickelt. Dieser hat sich in seiner letzten Sitzung im Mai 2025 mit den Themen Innovation, Transfer und Vernetzung befasst und fand unter Beteiligung des Staatsministeriums, des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen, des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst sowie des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus statt.

Die baden-württembergische Forschungslandschaft ist im Bereich Sicherheit und Verteidigung bereits gut aufgestellt. Als Teil der Innovations- und Zukunftsagenda sollen die Potenziale von Forschung und Wirtschaft bestmöglich weiterentwickelt werden. Dazu wurden im Runden Tisch die Schwerpunkte der einzelnen Forschungseinrichtungen sichtbar gemacht. Außerdem wurde die Vernetzung der verschiedenen Akteure vorangetrieben, die zu verstärkten Kooperationen innerhalb der Wirtschaft sowie zwischen Wirtschaft und Wissenschaft beitragen sollen. Daneben ging es um eine gezielte Stärkung des Transfers von Forschungsergebnissen in die wirtschaftliche Umsetzung.

Insgesamt kann das Land auf diese Weise einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der europäischen Verteidigungsfähigkeit, Resilienz und technologischen Souveränität leisten. Als weiterer Effekt dieser Politik ist zu erwarten, dass auch die Innovationskraft des zivilen Bereichs gestärkt wird.

10. auf welche Weise konkret eine bessere Vernetzung, schnellere Genehmigungen und Bürokratieabbau für die Verteidigungsindustrie erreicht werden sollen;

Zu 10.:

Wie in allen Querschnittsbranchen ist es auch für die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie zentral für Schnelligkeit und Effizienz, dass sich die Akteure kennen und vernetzen. Dazu diente das vom Staatsministerium, dem Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen und dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus initiierte Unternehmensgespräch „Sicherheit und Verteidigung“ im Jahr 2024 und der jetzt daraus hervorgegangene Runde Tisch im Neuen Schloss in Stuttgart, an dem auch das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst beteiligt war. Bürokratieabbau ist grundsätzlich in allen Bereichen anzustreben, auch für die Verteidigungsindustrie. Die Landesregierung widmet sich dem mit der Entlastungsallianz und bei allen laufenden Maßnahmen, um Innovationshemmnisse abzubauen.

Nach § 2 Absatz 5 Satz 3 LHG ist es Aufgabe der Hochschulen, den Wissens- und Technologietransfer umzusetzen. Das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst fördert in seinen Programmen vielfach auch gezielt die Vernetzung und Kooperation zwischen Unternehmen und Wissenschaft. Ebenso haben die Hochschulen zum Beispiel Transferbeauftragte etabliert. Auch wird die Vernetzung und Kooperation zwischen Unternehmen, Zulieferern, Wissenschaft und Forschungseinrichtungen seit vielen Jahren durch die vom Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus geförderten Technologietransfermanagerinnen und -manager sowie die Innovationsberatung der Kammern gefördert. Dies umfasst auch die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie sowie deren Zulieferer. Das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus hat außerdem gemeinsam mit der IHK Bodensee-Oberschwaben als Sprecher der IHKs für die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie eine Veranstaltungsreihe zur Sicherheits- und Verteidigungswirtschaft entwickelt, um die Kräfte zu bündeln und noch enger zusammenzuarbeiten. Umgesetzt wird diese ab Juli, zunächst mit zwei Branchentreffen als Network-Meetings. Die Landesregierung setzt sich dafür ein, die Sichtbarkeit der Akteure zu steigern und gezielt das Thema Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in bestehenden Initiativen wie Quantum BW, THE aerospace LÄND, etc. zu platzieren und auch damit die Vernetzung der Akteure zu erhöhen.

Die Landesregierung bringt sich darüber hinaus aktiv in die bundes- und europapolitischen Abstimmungen ein und gestaltet die sich daraus ableitenden Handlungsbedarfe auf Landesebene konsequent mit. Das Land hat sich u. a. gezielt beim Bundeswirtschaftsministerium für die Beschleunigung von Exportgenehmigungsverfahren sowie für die grundlegende Vereinfachung der Genehmigungsverfahren eingesetzt. Auch im Rahmen der Wirtschaftsministerkonferenz am 4. und 5. Juni 2025 wurde ein entsprechender Beschlussvorschlag durch das Land Baden-Württemberg eingebracht.

11. inwiefern das nun klare Bekenntnis der Landesregierung zur Rüstungsforschung an den Hochschulen in Baden-Württemberg Auswirkungen auf den Bestand der landesrechtlich verankerten Transparenzklausel und der hochschulindividuellen Zivilklauseln haben kann oder soll;

Zu 11.:

Es wird hierzu auf die Antwort zu Ziffer 13 der Landtagsdrucksache 17/8368 verwiesen.

12. ob sie aufgrund der Zeitenwende eine Anpassung des Landeshochschulgesetzes (LHG) angezeigt sieht, etwa durch Ergänzung eines Passus zur Verteidigungsforschung in § 2 Absatz 5 Satz 2 LHG, der bisher vorsieht, dass die Hochschulen „im Rahmen ihrer Aufgaben unter anderem Innovation, Nachhaltigkeit einschließlich Schutz des Klimas und Anpassung an die unvermeidbaren Folgen des Klimawandels sowie Tierschutz“ fördern;

Zu 12.:

Für eine gesetzliche Anpassung wird keine Notwendigkeit gesehen. Nach § 2 Absatz 1 Satz 1 Landeshochschulgesetz (LHG) dienen die Hochschulen entsprechend ihrer Aufgabenstellung der Pflege und der Entwicklung der Wissenschaften und der Künste durch Forschung, Lehre, Studium und Weiterbildung in einem freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaat. Nach § 2 Absatz 5 Satz 3 LHG fördern sie durch Wissens-, Gestaltungs- und Technologietransfer die Umsetzung und Nutzung der Ergebnisse der Forschung und Entwicklung in die Praxis sowie den freien Zugang zu wissenschaftlichen Informationen. Damit können die Hochschulen und ihre Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bereits jetzt auf allen Gebieten im Einklang mit der verfassungsrechtlich geschützten Wissenschaftsfreiheit forschen, wovon sie auch Gebrauch machen, auch im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungsforschung.

14. wie sie die notwendige Planungssicherheit, mithin verlässliche Rahmenbedingungen, Rechtssicherheit und ein politisch gewogenes Klima für eine starke Rüstungswirtschaft schaffen will, damit diese Kapazitäten und Personal aufbaut;

Zu 14.:

Die Schaffung von Planungssicherheit, verlässlichen Rahmenbedingungen und Rechtssicherheit in der Rüstungswirtschaft fallen primär in die Zuständigkeit des Bundes. Da das Land Baden-Württemberg der Sicherheits- und Verteidigungswirtschaft seit jeher offen begegnet, wirkt die Landesregierung auch bei diesem Punkt auf die bundes- und europapolitischen Abstimmungen ein. Auch im Rahmen der Wirtschaftsministerkonferenz am 4. und 5. Juni wurde ein Beschlussvorschlag zur Stärkung der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie durch das Land Baden-Württemberg eingebracht.

15. inwieweit sie die Schaffung einer landesseitigen oder nationalen Behörde zur Bündelung von Projekten der Verteidigungsforschung als sinnvoll erachtet, analog zur Ausgestaltung der Defense Advanced Research Projects Agency (Darpa) der Vereinigten Staaten.

Zu 15.:

Die DARPA ist eine Einrichtung des Verteidigungsministeriums der Vereinigten Staaten und stellt Forschungsmittel für Projekte für die nationalen Streitkräfte zur Verfügung. Durch die hohen eingesetzten Forschungsmittel wirkt sie auch insgesamt als starker Innovationshebel. Die Einrichtung einer solchen Behörde wäre eine bundesweite oder gar europäische Entscheidung. Ergänzend wird auf die Beantwortung von Ziffer 14 der Landtagsdrucksache 17/8368 verwiesen.

Olschowski

Ministerin für Wissenschaft,
Forschung und Kunst